



Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig

Nr. 38

Ausgegeben Danzig, den 24. Mai

1923

183 Volkstag und Senat haben folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Gesetz

betreffend den Beitritt der Freien Stadt Danzig zu dem Internationalen Abkommen zur Unterdrückung des Mädchen- und Kinderhandels vom 30. September 1921. Vom 2. 5. 1923.

Artikel 1.

Dem Beitritt der Freien Stadt Danzig zu dem am 30. 9. 21 in Genf abgeschlossenen Internationalen Abkommen zur Bekämpfung des Frauen- und Kinderhandels wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht:

Artikel 2.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Danzig, den 2. Mai 1923.

Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Sahm.

Dr. Schwartz.

Internationales Abkommen zur Unterdrückung des Mädchen- und Kinderhandels.

Da das folgende Abkommen zur Unterzeichnung seitens der Mitglieder des Völkerbundes bis zum 31. März 1922 offen bleibt, werden die hohen unterzeichneten Parteien und die Namen ihrer Vertreter an diesem Tage in alphabetischer Folge der Namen der Parteien unten eingetragen werden.

Von dem Wunsche befeelt, in durchgreifender Weise die Unterdrückung des Mädchenhandels, wie er in den Einleitungen zu der Vereinbarung vom 18. Mai 1904 und zu dem Abkommen vom 4. Mai 1910 unter der Bezeichnung „Mädchenhandel“ beschrieben ist, zu sichern,

und indem sie von den Vorschlägen Kenntnis genommen haben, die in dem Schlussprotokoll der Internationalen Konferenz, die in Genf auf Einberufung des Rats des Völkerbundes vom 30. Juni bis 5. Juli tagte, enthalten waren,

und nachdem sie beschlossen haben, ein Zusatzabkommen zu der oben erwähnten Vereinbarung und Abkommen abzuschließen, haben sie zu diesem Zweck ihre Bevollmächtigten ernannt — werden Namen eingefügt — welche, nachdem sie ihre Vollmachten vorlegten, die gut und rechtsgültig befunden wurden, über nachstehende Bestimmungen übereingekommen sind.

(Achter Tag nach Ablauf des Ausgabetales: 1. 6. 1923).

Artikel 1.

Die Hohen vertragschließenden Parteien vereinbaren, daß sie, soweit sie noch nicht Teilnehmer der Vereinbarung vom 18. Mai 1904 und des Abkommens vom 4. Mai 1910, die oben erwähnt sind, in kürzester Frist und in der in der oben erwähnten Vereinbarung und Abkommen vorgeschriebenen Form ihre Ratifikationen der erwähnten Urkunden oder ihren Anschluß an diese Urkunden übermitteln werden.

Artikel 2.

Die Hohen vertragschließenden Teile kommen überein, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Personen, die sich mit dem Handel von Kindern beiderlei Geschlechts befassen und die Vergehen im Sinne des Artikels 1 des Abkommens vom 4. Mai 1904 begehen, ausfindig zu machen und zu verurteilen.

Artikel 3.

Die Hohen vertragschließenden Parteien kommen überein, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Bestrafung versuchter Vergehen und in den gesetzlichen Grenzen, die Bestrafung von vorbereitenden Schritten zu den Vergehen, wie sie in den Artikeln 1 und 2 des Abkommens vom 4. Mai 1910 verzeichnet sind, zu sichern.

Artikel 4.

Die Hohen vertragschließenden Teile kommen überein, daß sie, falls zwischen ihnen keine Auslieferungsabkommen bestehen, alle in ihrer Macht stehenden Maßnahmen zur Ausweisung von Personen treffen, die der in den Artikeln 1 und 2 des Abkommens vom 4. Mai 1910 erwähnten Vergehen angeklagt oder für solche Vergehen verurteilt sind.

Artikel 5.

In Absatz B des Schlußprotokolls des Abkommens von 1910 sollen die Worte „vollendetes zwanzigstes Lebensjahr“ durch die Worte „vollendetes einundzwanzigstes Lebensjahr“ ersetzt werden.

Artikel 6.

Die Hohen vertragschließenden Teile kommen überein, falls sie noch nicht gesetzgeberische oder Verwaltungsvorschriften bezüglich Erlaubnis und Überwachung der Arbeitsvermittlungsgesellschaften und Büros erlassen haben, solche Vorschriften zu erlassen, um den Schutz der Frauen und Kinder, die in einem anderen Lande Arbeit suchen, sicherzustellen.

Artikel 7.

Die Hohen vertragschließenden Teile kommen überein, die Verwaltungs- und gesetzgeberischen Maßnahmen hinsichtlich ihrer Einwanderungs- und Auswanderungsämter zu treffen, die erforderlich sind, um den Mädchenhandel zu bekämpfen. Sie kommen hauptsächlich dahin überein, die nötigen Vorschriften zum Schutze der Frauen und Kinder zu treffen, die an Bord von Auswandererschiffen reisen, nicht nur an den Abfahrts- und Ankunftsstellen, sondern auch während der Reise und Anordnungen zu treffen, um durch Anschlag auf den Bahnhöfen und in den Häfen die Frauen und Kinder bezüglich der Gefahr des Mädchenhandels zu warnen und die Orte anzugeben, an denen sie Unterkunft, Hilfe und Beistand finden können.

Artikel 8.

Dieses Abkommen, von welchem der französische wie der englische Wortlaut in gleicher Weise authentisch sind, soll das Datum dieses Tages tragen und kann bis zum 31. März 1922 unterzeichnet werden.

Artikel 9.

Dieses Abkommen ist der Ratifizierung unterworfen. Die Ratifikationsurkunden sollen dem Generalsekretär des Völkerbundes übermittelt werden, der ihren Empfang den anderen Mitgliedern des Völkerbundes und den Staaten, die zur Unterzeichnung des Abkommens zugelassen sind, mitteilen wird. Die Ratifikationsurkunden sollen im Archiv des Sekretariats niedergelegt werden.

Gemäß den Bestimmungen des Artikels 18 der Völkerbundsatzung wird der Generalsekretär dieses Abkommen nach der Niederlegung der ersten Ratifikation eintragen.

Artikel 10.

Mitglieder des Völkerbundes, welche dieses Abkommen nicht vor dem 1. April 1922 unterzeichnet haben, können sich ihm anschließen.

Dasselbe gilt für die Staaten, die nicht Mitglieder des Völkerbundes sind, und denen das gegenwärtige Abkommen amtlich mitzuteilen, der Rat des Völkerbundes beschließen könnte.

Der Beitritt muß dem Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt werden, der davon alle beteiligten Mächte unter Angabe des Datums der Mitteilung benachrichtigt.

Artikel 11.

Dieses Abkommen tritt für jeden Teilnehmer mit dem Datum der Niederlegung seiner Ratifikation oder seiner Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 12.

Dieses Abkommen kann durch jedes Mitglied des Völkerbundes oder durch jeden Staat, der Teilnehmer dieses Abkommens ist, gekündigt werden, indem 12 Monate vorher von der Absicht zu kündigen Mitteilung gemacht wird. Die Kündigung wird durch eine schriftliche Mitteilung an den Generalsekretär des Völkerbundes bewirkt. Dieser wird sofort Abschriften dieser Mitteilung allen andern Teilhabern unter Bekanntgabe des Datums ihrer Eingabe übermitteln.

Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Datum der Mitteilung an den Generalsekretär wirksam und soll nur für den Staat, von dem die Mitteilung ausging, gültig sein.

Artikel 13.

Der Generalsekretär des Völkerbundes bewahrt eine besondere Liste aller Teilnehmer auf, die dieses Abkommen unterzeichnet, ratifiziert oder gekündigt haben, oder ihm beigetreten sind.

Diese Liste kann jederzeit durch die Mitglieder des Völkerbundes eingesehen werden. Sie soll gemäß den Anordnungen des Rats so oft als möglich veröffentlicht werden.

Artikel 14.

Jedes Mitglied oder jeder Signatarstaat dieses Abkommens kann erklären, daß die Unterzeichnung nicht die Gesamtheit oder irgendeine seiner Kolonien, überseeischen Besitzungen, Schutzstaaten oder Gebiete, die seiner Oberhoheit oder seiner Obrigkeit unterworfen sind, einschließt und kann später gesondert namens irgendeiner seiner Kolonien, überseeischen Besitzungen, Schutzstaaten oder Gebiete, die durch diese Erklärung ausgeschlossen sind, den Anschluß bewirken.

Die Kündigung mußte ebenfalls gesondert für jede solche Kolonie, Übersee-Besitzung, Schutzstaat oder Gebiet unter seiner Souveränität oder Obrigkeit bewirkt werden, und die Bestimmungen des Artikels 12 sollen auf solch eine Kündigung Anwendung finden.

Geschehen in Genf am 30. September 1921 in einer einzigen Ausfertigung, die im Archiv des Völkerbundes hinterlegt bleibt.

Südafrika: E. S. Walton.

Albanien: J. S. Koll.

Australien: E. M. Bruce.

Ich erkläre hierdurch, daß meine Unterschrift nicht Papua, die Norfolk-Insel und das Verwaltungsgebiet von Neu-Guinea einschließt.

Osterreich: Albert Mensdorff.

Belgien: Michel Levie.

Brasilien: Castao da Cunha.

- Großbritannien: Arthur James Balfour.
Ich erkläre hierdurch, daß meine Unterschrift nicht die Insel Neufundland, die britischen Kolonien und Schutzstaaten, die Insel Nauru oder irgendein von Großbritannien als Mandatarstaat verwaltetes Gebiet einschließt.
- Canada: Charles J. Doherty.
- Chili: Augustin Edwards,
Manuel Rivas Vicuna.
- Columbien: Francisco José Urrutia,
A. S. Restrepo.
Vorbehaltlich der späteren Bestätigung durch das Parlament von Columbien.
- Costarica: Manuel M. de Peralta.
- Estland: Ant. Piip.
- Griechenland: Bassili Dendramis.
- Italien: Imperiali.
Vorbehaltlich einer weiteren Erklärung der kgl. Regierung erkläre ich, daß meine Unterzeichnung die italienischen Kolonien nicht verpflichtet.
- Japan: Hayashi.
Der unterzeichnete Vertreter Japans behält sich namens seiner Regierung das Recht vor, die Bestätigung des Art. 5 dieses Abkommens zu verschieben und erklärt, daß die Unterzeichnung Korea, Formosa und Chantung nicht verpflichtet.
- Lettland: M. B. Salnais.
- Lithauen: Calvanuskas.
- Norwegen: Fridtjof Nansen.
- Perfien: Prinz Arfa-ed-Dowleh.
- Portugal: A. Freire d'Andrade.
- Siam: Charoon.
Indem über die in Absatz b des Schlußprotokolls des Abkommens von 1910 und Art. 5 dieses Abkommens vorgesehene Altersgrenze hinsichtlich der Staatsangehörigen Siams Vorbehalte gemacht werden.
- Schweiz: Motta.
Vorbehaltlich der Ratifikation durch die Bundesversammlung.
- Neu-Seeland: S. Allen.
Ich erkläre hierdurch, daß meine Unterzeichnung das Verwaltungsgebiet von West-Samoa nicht verpflichtet.

International Convention for the Suppression of the Traffic in Women and Children.

(As the following Convention is to remain open for signature by the Members of the League of Nations until March 31st, 1922, the High Signatory Parties and the names of their Representatives will be inscribed below on that date in the alphabetical order of the names of the Parties).

Being anxious to secure more completely the suppression of the Traffic in Women and Children described in the preambles to the Agreement of May 18th 1904 and to the Convention of May 4th 1910 under the name of „White Slave Traffic“,

Having taken note of the Recommendations contained in the Final Act of the International Conference which was summoned by the Council of the League of Nations and met at Geneva from June 30th to July 5th 1921 and

Having decided to conclude a Convention supplementary to the Arrangement and Convention mentioned above:

Have nominated for this purpose as their plenipotentiaries (insert the names) who, having communicated their full powers, found in good and due form, have agreed upon the following provisions:

Article 1.

The High Contracting Parties agree that, in the event of their not being already Parties to the Agreement of May 18th 1904 and the Convention of May 4th 1910 mentioned above, they will transmit, with the least possible delay, their ratifications of, or adhesions, to those instruments in the manner laid down therein.

Article 2.

The High Contracting Parties agree to take all measures to discover and prosecute persons who are engaged in the traffic in children of both sexes and who commit offences within the meaning of Article 1 of the Convention of May 4th 1910.

Article 3.

The High Contracting Parties agree to take the necessary steps to secure the punishment of attempts to commit, and, within legal limits, of acts preparatory to the commission of, the offences specified in Articles 1 and 2 of the Convention of May 4th 1910.

Article 4.

The High Contracting Parties agree that, in cases where there are no extradition Conventions in force between them, they will take all measures within their power to extradite or provide for the extradition of persons accused or convicted of the offences specified in Articles 1 and 2 of the Convention of May 4th 1910.

Article 5.

In paragraph B of the final Protocol of the Convention of 1910 the words „twenty completed years of age“ shall be replaced by the words „twenty-one completed years of age“.

Article 6.

The High Contracting Parties agree, in case they have not already taken legislative or administrative measures regarding licensing and supervision of employment agencies and offices, to prescribe such regulations as are required to ensure the protection of women and children seeking employment in another country.

Article 7.

The High Contracting Parties undertake in connection with immigration and emigration to adopt such administrative and legislative measures as are required to check the traffic in women and children. In particular they undertake to make such regulations as are required for the protection of women and children, travelling on emigrant ships, not only at the points of departure and arrival, but also during the journey and to arrange for the exhibition, in railway stations and in ports, of notices warning women and children of the danger of the traffic and indicating the places where they can obtain accommodation and assistance.

Article 8.

The present Convention, of which the French and the English texts are both authentic, shall bear this day's date, and shall be open for signature until March 31st 1922.

Article 9.

The present Convention is subject to ratification. The instruments of ratification shall be transmitted to the Secretary-General of the League of Nations, who will notify the receipt of them to the other Members of the League and to States admitted to sign the Convention. The instruments of ratification shall be deposited in the archives of the Secretariat.

In order to comply with the provisions of Article 18 of the Covenant of the League of Nations, the Secretary-General will register the present Convention upon the deposit of the first ratification.

Article 10

Members of the League of Nations which have not signed the present Convention before April 1st 1922, may accede to it.

The same applies to States not Members of the League to which the Council of the League may decide officially to communicate the present Convention.

Accession will be notified to the Secretary-General of the League, who will notify all Powers concerned of the accession and of the date on which it was notified.

Article 11.

The present Convention shall come into force in respect of each Party on the date of the deposit of its ratification or act of accession.

Article 12.

The present Convention may be denounced by any Member of the League or by any State which is a party thereto, on giving twelve months' notice of its intention to denounce. Denunciation shall be effected by notification in writing addressed to the Secretary-General of the League of Nations. Copies of such notification shall be transmitted forthwith by him to all other Parties, notifying them of the date on which it was received.

The denunciation shall take effect one year after the date on which it was notified to the Secretary-General, and shall operate only in respect of the notifying Power.

Article 13.

A special record shall be kept by the Secretary-General of the League of Nations, showing which of the Parties have signed, ratified, acceded to or denounced the present Convention. This record shall be open to the Members of the League at all times; it shall be published as often as possible, in accordance with the directions of the Council.

Article 14.

Any Member or State signing the present Convention may declare that the signature does not include any or all of its colonies, overseas possessions, protectorats or territories under its sovereignty or authority, and may subsequently adhere separately on behalf of any such colony, overseas possession, protectorate or territory so excluded in its declaration.

Denunciation may also be made separately in respect of any such colony, overseas possession, protectorate or territory under its sovereignty or authority, and the provisions of Article 12 shall apply to any such denunciation.

Done at Geneva, the thirtieth day of September, nineteen hundred and twenty-one, in a single copy, which shall remain deposited in the archives of the League of Nations.

Afrique du Sud: *E. H. Walton*

South Africa:

Albanie: *F. S. Noli*

Albania:

Australie:	<i>S. M. Bruce</i>	Australia:	I hereby declare that my signature does not include Papua, Norfolk, Island and the mandates territory of New Guinea ¹⁾ .
Autriche:	<i>Albert Mensdorff</i>	Austria:	
Belgique:	<i>Michel Levie</i>	Belgium:	
Brésil:	<i>Gastao Da Cunha</i>	Brazil:	
Empire Britannique:	<i>Arthur James Balfour</i>	British Empire:	I hereby declare that my signature does not include the island of Newfoundland, the British Colonies and Protectorates, the Island of Nauru, or any territories administered under mandates by Great Britain ²⁾ .
Canada:	<i>Charles J. Doherty</i>		
Chili:	<i>Augustin Edwards</i>	Chile:	
	<i>Manuel Rivas Vicuna</i>		
Columbie:	<i>Francisco José Urrutia</i>	Colombia:	
	<i>A. J. Restrepo</i>		Con reserva de la ulterior aprobacion del Congreso de Colombia ³⁾ .
Costa-Rica:	<i>Manuel M. de Peralta</i>		
Esthonie:	<i>Ant Piip</i>	Esthonia:	
Grèce:	<i>Vassili Dendramis</i>	Greece:	
Italie:	<i>Imperiali</i>	Italy:	Fino a nouva dichiarazione del Governo del Re, dichiaro che la mia firma non impegna le Colonie italiene ⁴⁾ .
Japon:	<i>Hajashi</i>	Japan:	The undersigned delegate of Japan reserves the right on behalf of his Government to defer confirmation with regard to Article 5 of this Convention, and declares that this signature does not include Chosen, Taiwan and the leases territory of Kwantung ⁵⁾ .
Lettonie:	<i>M. V. Salnais</i>	Latvia:	
Lithuanie:	<i>Galvanauskas</i>	Lithuania:	
Norvège:	<i>Fridtjof Nansen</i>	Norway:	
Perse:	<i>Prince Arfa-Ed-Dowleh</i>	Persia:	
Portugal:	<i>A. Freire D'Aandrade</i>		

Traductions du Secrétariat de la Société
des Nations:

¹⁾ Je déclare par les présents que ma signature n'engage pas la Papouasie, l'île de Norfolk, ni le territoire mandaté de Nouvelle-Guinée.

²⁾ Je déclare par les présentes que ma signature n'engage pas l'île de Terre-Neuve, les Colonies et Protectorats britanniques, l'île de Nauru, ni les territoires administrés sous mandat par la Grande-Bretagne.

³⁾ Sous réserve de l'approbation ultérieure du Congrès de Colombie.

⁴⁾ Sous réserve d'une nouvelle déclaration du Gouvernement royal, je déclare que ma signature n'engage pas les Colonies italiennes.

⁵⁾ Je soussigné, délégué du Japon, réserve le droit au nom de mon Gouvernement d'ajourner la confirmation de l'article 5 de la présente Convention et déclare que sa signature n'engage ni la Corée, ni Formose, ni le Chantung.

Translations by the Secretariat of the League
of Nations:

¹⁾ Subject to the subsequent approval of the Colombian Parliament.

²⁾ Pending a further declaration by the Government of the King, I declare that my signature does not bind the Italian Colonies.

³⁾ Subject to the subsequent approval of the Colombian Parliament.

⁴⁾ Pending a further declaration by the Government of the King, I declare that my signature does not bind the Italian Colonies.

⁵⁾ I, the undersigned, delegate of Japan, reserves the right on behalf of his Government to defer confirmation with regard to Article 5 of this Convention, and declares that this signature does not include Chosen, Taiwan and the leases territory of Kwantung.

Siam: *Charoon* With reservation as to the age limit prescribed in paragraph b of the final Protocol of the Convention of 1910 and Article 5 of this Convention, in so far as concerns the nationals of Siam ¹⁾.

Suisse: *Motta* Switzerland
Sous réserve de ratification par l'Assemblée fédérale ²⁾.

Nouvelle-Zélande: *J. Allen* New-Zealand:
I hereby declare that my signature does not include the mandated territory of Western Samoa ³⁾.

Pour copie conforme: Certified true copy:
Secrétaire général: Secretary-General.

Convention internationale pour la suppression de la Traite des Femmes et des Enfants.

(La Convention devant rester ouverte à la signature par les Membres de la Société des Nations jusqu'au 31 mars 1922, les Hautes Parties signataires et leurs représentants seront inscrits à cette date, suivant l'ordre alphabétique).

Désireux d'assurer d'une manière plus complète la répression de la traite des femmes et des enfants, désignée dans les préambules de l'Arrangement du 18 mai 1904 et de la Convention du 4 mai 1910 sous le nom de „Traite des Blanches“;

Ayant pris connaissance des recommandations inscrites à l'Acte final de la Conférence internationale qui s'est réunie à Genève, sur convocation du Conseil de la Société des Nations, du 30 juin au 5 juillet 1921, et

Ayant décidé de conclure une Convention additionnelle à l'Arrangement et à la Convention ci-dessus mentionnés:

Ont désigné à cet effet pour leurs plénipotentiaires (insérer les noms) lesquels, après avoir communiqué leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme, ont convenu des dispositions suivantes:

Article premier.

Les Hautes Parties contractantes conviennent, pour autant qu'elles ne seraient pas encore, Parties à l'Arrangement du 18 mai 1904 et à la Convention du 4 mai 1910, de transmettre, dans le plus bref délai et dans la forme prévue aux Arrangement et Convention ci-dessus cités, leurs ratifications desdits Actes ou leurs adhésions auxdits Actes.

Article 2.

Les Hautes Parties contractantes conviennent de prendre toutes mesures en vue de rechercher et de punir les individus qui se livrent à la traite des enfants de l'un et de l'autre sexe, cette infraction étant entendue dans le sens de l'article premier de la Convention du 4 mai 1910.

Traductions du Secrétariat de la Société des Nations:

Translation by the Secretariat of the League of Nations:

¹⁾ En faisant des réserves sur la limite d'âge prescrite au paragraphe b du Protocole final de la Convention de 1910 et de l'article 5 de la présente Convention, en tant qu'ils s'appliquent aux ressortissants du Siam.

²⁾ Subject to ratification by the Federal Assembly.

³⁾ Je déclare par la présente que ma signature n'engage pas le territoire mandaté du Samoa occidental.

Article 3.

Les Hautes Parties contractantes conviennent de prendre les mesures nécessaires en vue de punir les tentatives d'infractions et, dans les limites légales, les actes préparatoires des infractions prévues aux articles 1 et 2 de la Convention du 4 mai 1910.

Article 4.

Les Hautes Parties contractantes conviennent, au cas où il n'existerait pas entre elles de Conventions d'extradition, de prendre toutes les mesures qui sont en leur pouvoir pour l'extradition des individus prévenus des infractions visées aux articles 1 et 2 de la Convention du 4 mai 1910, ou condamnés pour de telles infractions.

Article 5.

Au paragraphe B du protocole final de la Convention de 1910, les mots „vingt ans révolus“, seront remplacés par les mots „vingt-et-un ans révolus“.

Article 6.

Les Hautes Parties contractantes conviennent, dans le cas où elles n'auraient pas encore pris de mesures législatives ou administratives concernant l'autorisation et la surveillance des agences et des bureaux de placement, d'édicter des règlements dans ce sens afin d'assurer la protection des femmes et des enfants cherchant du travail dans un autre pays.

Article 7.

Les Hautes Parties contractantes conviennent, en ce qui concerne leurs services d'immigration et d'émigration, de prendre des mesures administratives et législatives destinées à combattre la traite des femmes et des enfants. Elles conviennent notamment d'édicter les règlements nécessaires pour la protection des femmes et des enfants voyageant à bord des navires d'émigrants, non seulement au départ et à l'arrivée, mais aussi en cours de route, et à prendre des dispositions en vue de l'affichage, dans les gares et dans les ports, d'avis mettant en garde les femmes et les enfants contre les dangers de la traite et indiquant les lieux où ils peuvent trouver logement, aide et assistance.

Article 8.

La présente Convention, dont le texte français et le texte anglais font également foi, portera la date de ce jour et pourra être signée jusqu'au 31 mars 1922.

Article 9.

La présente Convention est sujette à ratification. Les instruments de ratification seront transmis au Secrétaire général de la Société des Nations, qui en notifiera la réception aux autres Membres de la Société et aux Etats admis à signer la Convention. Les instruments de ratification seront déposés aux archives du Secrétariat.

Conformément aux dispositions de l'article 18 du Pacte de la Société des Nations, le Secrétaire général enregistrera la présente Convention dès que le dépôt de la première ratification aura été effectué.

Article 10.

Les Membres de la Société des Nations n'ayant pas signé la présente Convention avant le 1^{er} avril 1922 pourront y adhérer.

Il en sera de même des Etats non Membres de la Société auxquels le Conseil de la Société pourra décider de communiquer officiellement la présente Convention.

Les adhésions seront notifiées au Secrétaire général de la Société qui en avisera toutes les Puissances intéressées, en mentionnant la date de la notification.

Article 11.

La présente Convention entrera en vigueur, pour chaque Partie, à la date du dépôt de sa ratification ou de son acte d'adhésion.

Article 12.

La présente Convention pourra être dénoncée par tout Membre de la Société ou Etat, partie à ladite Convention, en donnant un préavis de douze mois. La dénonciation sera effectuée par une notification écrite adressée au Secrétaire général de la Société. Celui-ci transmettra immédiatement à toutes les autres Parties des exemplaires de cette notification en indiquant la date de réception.

La dénonciation prendra effet un an après la date de notification au Secrétaire générale et ne sera valable que pour l'Etat qui l'aura notifiée.

Article 13.

Le Secrétaire général de la Société tiendra une liste de toutes les Parties qui ont signé, ratifié, ou dénoncé la présente Convention ou y ont adhéré. Cette liste pourra être, en tout temps, consultée par les Membres de la Société; il en sera donné publication aussi souvent que possible, suivant les instructions du Conseil.

Article 14.

Tout Membre ou Etat signataire peut déclarer que sa signature n'engage pas soit l'ensemble, soit telle de ses colonies, possessions d'outre-mer, protectorats ou territoires soumis à sa souveraineté ou à son autorité, et peut, ultérieurement, adhérer séparément au nom de l'une quelconque de ses colonies, possessions d'outre-mer, protectorats ou territoires exclus par cette déclaration.

La dénonciation pourra également s'effectuer séparément pour toute colonie, possession d'outre-mer, protectorat ou territoire soumis à sa souveraineté ou autorité; les dispositions de l'article 12 s'appliqueront à cette dénonciation.

Fait à Genève, le trente septembre mil neuf cent vingt et un en un seul exemplaire, qui reste déposé aux archives de la Société des Nations.